



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 19. September 2008

**Kinderkommission zum Weltkindertag:
„Gemeinsame globale Anstrengungen zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung“**

Zum Weltkindertag am 20. September 2008 erklärt die Kinderkommission des Deutschen Bundestages:

Die Mitglieder der Kinderkommission beteiligen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv am weltweiten Kampf gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern. Der Kindersextourismus ist international. Den Kindern werden von Kindersex-Touristen die schlimmsten psychischen und physischen Schäden zugefügt, die die Kinder ihr Leben lang belasten. Daher hat sich die Kinderkommission u. a. für die Verbreitung des Kurzfilmes „Witness“ eingesetzt.

Mit diesem Kurzfilm wird die Aufmerksamkeit der Flugreisenden für das Problem der sexuellen Ausbeutung von Kindern insbesondere in den Haupttourismustländern geschärft. All die vielen kleinen Indizien der sexuellen Ausbeutung werden sehr anschaulich und emotional packend gezeigt. Da die Kinderkommission von diesem Spot sehr überzeugt war, hat sie mit einem Aufruf an alle Abgeordneten dafür geworben, dass Parlamentarier im Rahmen ihrer Kontakte mit Fluggesellschaften und Betreibern von Flughäfen dieses Projekt unterstützen. Zwischenzeitlich haben die großen deutschen Fluggesellschaften diesen Spot in ihr Bordprogramm aufgenommen und die Flughafenbetreiber haben sich bereiterklärt, ihn auszustrahlen.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Abg. Diana Golze (DIE LINKE.), erklärt: „Es ist sehr zu begrüßen, dass die Tourismusbranche sich in die Reihe der Aktiven zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung stellt. Die Kinderkommission begrüßt ebenfalls das bisherige Engagement der Bundesregierung und hofft, dass sich dies auch mit der 3. Weltkonferenz gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern in Rio de Janeiro fortsetzt. Dazu gehört auch die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zur Kinderrechtskonvention betreffend Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornografie durch die Bundesrepublik Deutschland, für die der Deutsche Bundestag mit seinem Beschluss vom 20.6.2008 die Voraussetzungen geschaffen hat.“